

# Antrag auf Erteilung einer Genehmigung

- für die Ausübung
- für die Änderung
- für den Weiterbetrieb

eines Gelegenheitsverkehrs nach dem Personenbeförderungsgesetz (PBefG)

Senden Sie das ausgefüllte Formular an:

Kreis Steinfurt  
Straßenverkehrsamt  
Herr Gruel  
Tecklenburger Straße 10  
48565 Steinfurt

E-Mail: [gruel@kreis-steinfurt.de](mailto:gruel@kreis-steinfurt.de)  
Tel.: 02551 69-1376 oder  
Fax: 02551 69-1301

- Taxenverkehr
- Mietwagenverkehr
- Ferienziel-Reisen mit PKW
- Gelegenheitsverkehr mit KOM
- Ausflugsfahrten mit PKW

## 1. Antragsteller/in

Name, Vorname, Firma (genaue Bezeichnung des Unternehmens)	
Straße	
Hausnummer	
Postleitzahl	Ort
Betriebssitz	
Straße	
Hausnummer	
Postleitzahl	Ort
Telefon	Fax
E-Mail	

## 2. Angaben über den/die Inhaber/in (bei Handelsgesellschaften ggf. Gesellschafterliste beifügen)

Name (ggf. Geburtsname)	Vorname
Funktion im Unternehmen	
Familienstand	Staatsangehörigkeit
Geburtstag	Geburtsort
Name (ggf. Geburtsname)	
Vorname	
Funktion im Unternehmen	
Familienstand	Staatsangehörigkeit
Geburtstag	Geburtsort

### 3. Angaben über die für die Führung der Geschäfte bestellte(n) Person(en)

Name (ggf. Geburtsname)	Vorname
Stellung Unternehmen (Aufgabengebiet)	
Familienstand	Staatsangehörigkeit
Geburtstag	Geburtsort
Name (ggf. Geburtsname)	Vorname
Stellung Unternehmen (Aufgabengebiet)	
Familienstand	Staatsangehörigkeit
Geburtstag	Geburtsort

### 4. Angaben über die fachliche Eignung

Die fachliche Eignung wird nachgewiesen durch entsprechende Bescheinigungen bzw. Zeugnisse (bitte beifügen)

- |  |   |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> des Antragstellers  | <input type="checkbox"/> der für die Führung der Geschäfte bestellte(n) Person(en)  |
| <input type="checkbox"/> eine angemessene Vortätigkeit   | <input type="checkbox"/> eine bestandene Fachkundeprüfung   |
| <input type="checkbox"/> eine erfolgreich abgeschlossene Berufsausbildung zum Reiseverkehrskaufmann oder Kaufmann im Eisenbahn- und Straßenverkehr | <input type="checkbox"/> ein erfolgreich abgeschlossenes Studium an einer Hoch- oder Fachschule, das die hier erforderlichen Kenntnisse gewährleistet |

### 5. Sind Sie bereits Inhaber einer Genehmigung oder Betriebsführer (§ 2 Abs. 2 i.V.m. § 3 Abs. 2 PBefG)?

- ja (Nachweis siehe Anlage)       nein

Genehmigte Verkehrsart/Verkehrsform	Genehmigungsbehörde
Datum der Genehmigung	Aktenzeichen

### 6. Die Erteilung der Genehmigung wird beantragt als:      Ersterteilung      Wiedererteilung

### 7. Sind Sie anerkannter Vertriebener, Flüchtling, Aussiedler, oder Schwerbehinderter (bitte nur bei Anträgen auf Neuerteilung einer Genehmigung für den Taxenverkehr angeben)?

- ja (Nachweis siehe Anlage)       nein

## 8. Verfügen Sie über ausreichende Erfahrungen auf dem Gebiet des Reiseverkehrs

(bitte nur bei Anträgen auf Ersterteilung für den Ferienziel-Reiseverkehr angeben)?

- durch Zusammenarbeit mit bewährten Reiseveranstaltungen (bitte Nachweis beifügen)  
 aufgrund eigener Erfahrungen erworben durch:

## 9. Die Gültigkeitsdauer der beantragten Genehmigung soll beantragen

- Jahre für PKW (Höchstdauer: 5 Jahre)      Jahre für KOM (Höchstdauer: 10 Jahre)

von  bis

## 10. Beigefügte Anlagen

- Beilage zum Antrag zur Leistungsfähigkeit
- Angaben über die Zahl
- die Art (KOM, Pkw)
  - den Fahrzeughalter
  - das amtliche Kennzeichen
  - den Hersteller
  - Fahrgestell-Nr. und Sitzplätze der zu verwendenden Fahrzeuge
- Bescheinigung des Finanzamtes und der Gemeinde des Betriebssitzes über die steuerliche Zuverlässigkeit
- Bescheinigung der zuständigen Stellen über die ordnungsgemäße Entrichtung der Beiträge zur sozialen Kranken- und Rentenversicherung und zur Arbeitslosenversicherung
- Bescheinigung der Berufsgenossenschaft über die ordnungsgemäße Entrichtung der Beiträge (einschließlich etwa zu zahlender Vorschüsse) zur Unfallversicherung
- Bescheinigung, Dienstzeugnisse oder Prüfungszeugnisse des Antragstellers oder der für die Führung der Geschäfte bestellten Person zum Nachweis der fachlichen Eignung
- Polizeiliches Führungszeugnis für den Antragsteller und ggf. die zur Führung der Geschäfte bestellten Person
- Nur bei Unternehmen, die in das Handels- oder Genossenschaftsregister eingetragen sind:  
beglaubigte Abschrift der Eintragungen, bei GmbH, außerdem die Gesellschafterliste  
(die Unterlagen sollen nicht älter als drei Monate sein)
- Gesellschaftsvertrag
- Unterlagen zum Nachweis des Beschäftigungsverhältnisses der zur Führung der Geschäfte bestellten Person
- Kopie der Gewerbeanmeldung
- Kopie der Fahrzeugunterlagen je Fahrzeug  
(Zulassungsbescheinigung TÜV-Bericht inkl. BO-Kraft-Abnahme, Bescheinigung vom Eichamt)

Hiermit wird bestätigt, dass die vorstehenden Angaben richtig sind.

**Die dem Antrag beigefügten Hinweise zum Datenschutz habe ich zur Kenntnis genommen.**

**Ich willige mit meiner Unterschrift ein, dass das Straßenverkehrsamt des Kreises Steinfurt meine Daten im Rahmen der datenschutzrechtlichen Bestimmungen speichern und verarbeiten darf.**

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift des Antragstellers

# Eigenkapitalbescheinigung

nach § 2 Abs. 2 Nr. 2 der Berufszugangsverordnung für den Straßenpersonenverkehr

## Das Unternehmen

Unternehmen

verfügt am Stichtag

über folgendes Eigenkapital:

<b>I. Kapital</b>		Euro
<b>II. Kapitalrücklage</b>		Euro
<b>III. Gewinnrücklagen</b>		Euro
1. gesetzliche Rücklage		Euro
2. Rücklage für eigene Anteile		Euro
3. Satzungsmäßige Rücklagen		Euro
4. andere Gewinnrücklagen		Euro
<b>IV. Gewinnvortrag   Verlustvortrag</b>		Euro
<b>V. Jahresüberschuss   Jahresfehlbetrag</b>		Euro
<b>Eigenkapital</b>		Euro

Auf Grund der vorgelegten Unterlagen wird hiermit das ausgewiesene Eigenkapital bestätigt.  
Von der Ordnungsmäßigkeit der Unterlagen habe ich mich/haben wir uns überzeugt.

Ort, Datum

Stempel und Unterschrift des Wirtschaftsprüfers,  
vereidigten Buchprüfers, Steuerberaters, Steuerbevollmächtigten, Fachanwalts für Steuerrecht, einer  
Wirtschaftsprüfungs-, Buchprüfungs- oder Steuerberatungsgesellschaft oder eines Kreditinstituts

## Antragsteller/in

- Erteilung
  Erweiterung/Änderung
  Übertragung der Genehmigung  
 Erneuter Erteilung
  Übertragung des Betriebes

## Angaben zur Leistungsfähigkeit des Betriebes (§ 13 Abs. 1 Nr. 1 PBefG)

Name bzw. Firma (genauere Bezeichnung des Unternehmens)

Straße

Hausnummer

Postleitzahl

Ort

### 1. Vermögensübersicht

Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des Ehegatten sind nur anzugeben, wenn Gütergemeinschaft besteht.

Stand

Aktiva		
<b>Anlagenvermögen</b>		
a) Grundstücke (Verkehrswert)		Euro
bebaut		Euro
unbebaut		Euro
b) Gebäude (Verkehrswert)		Euro
c) Fahrzeuge		Euro
d) Betriebseinrichtung Maschinen - Büroausstattung		Euro
e) Sonstiges		Euro
<b>Summe Anlagenvermögen</b>		Euro

Umlaufvermögen		
a) Vorräte Treibstoffe		
Reifen		Euro
Ersatzteile		Euro
Werkzeuge		Euro
Material		Euro
b) Forderungen aus Leistungen		Euro
c) Sonstige Forderungen		Euro
d) Anteile, Wertpapiere		Euro
e) Bankguthaben		Euro
f) Kassenbestand		Euro
g) Sonstiges		Euro
<b>Summe Umlaufvermögen</b>		Euro
<b>Summe Aktiva</b>		Euro

Passiva		
<b>Langfristige Verbindlichkeiten</b>		
a) Grundschulden		Euro
b) Hypotheken		Euro
c) Langfristige Darlehen		Euro
d) Sonstiges		Euro
<b>Summe Langfristige Verbindlichkeiten</b>		Euro
Sonstige Verbindlichkeiten		
a) Kurzfristige Darlehen, Kredite		Euro
b) Wechselschulden		Euro
c) Steuerschulden		Euro
d) Versicherungs-, Beitragsschulden		Euro
e) Lieferantenverbindlichkeiten		Euro
f) Sonstiges		Euro
<b>Summe Sonstige Verbindlichkeiten</b>		Euro
<b>Summe Passiva</b>		Euro

**Bestätigung eines Wirtschaftsprüfers oder eines anderen Angehörigen der steuerberatenden Berufe.  
Die Richtigkeit der Angaben wird bestätigt.**

Ort, Datum

Stempel und Unterschrift

## 2. Sonstige Auskünfte

### a) ehelicher Güterstand, gesetzlich (Zugewinnngemeinschaft)

nein  ja

Gütertrennung seit

Gütergemeinschaft seit

### b) Haben Sie Bürgschaften geleistet?

nein  ja (Betrag angeben) Betrag

### c) Können Sie im Bedarfsfall weitere Sicherheiten oder Bürgschaften stellen?

nein  ja (ggf. erläutern)

bitte eintragen

### d) Sind Sie/Ihre Ehefrau im Schuldnerverzeichnis eingetragen?

nein  ja

#### Haben sie eine Eidesstattliche Versicherung abgelegt?

nein  ja

Datum

Amtsgericht

Aktenzeichen

#### Wurde ein entsprechender Haftbefehl erlassen?

nein  ja

Datum

Amtsgericht

Aktenzeichen

#### Wird gegen Sie eine Zwangsvollstreckung betrieben?

nein  ja

## 3. Fahrzeugliste

Folgende Fahrzeuge sollen für die Personenbeförderung eingesetzt werden

Kennzeichen	Hersteller/Typ	Erstzulassung	Sitz-/Stehplätze	Kaufpreis Euro	Zeitwert Euro

## 4. Fahrzeugfinanzierung

Die Finanzierung erfolgt durch

Eigenmittel  Darlehen  Kredit  Leasing-Geschäft

Bitte Unterlagen beifügen, wie z.B. Darlehens-, Kreditzusagen, Leasingbedingungen

**5. Liegen besondere Umstände vor, die das Betriebsergebnis beeinflussen können? (Auftragszusagen usw.)**

bitte eintragen

Ich bin darauf hingewiesen worden, dass unrichtige Angaben zur Rücknahme der Genehmigung führen können (§ 25 (2) 1 PBefG). Ich versichere, dass ich die Angaben nach bestem Wissen richtig und vollständig gemacht habe.

Ich versichere die Richtigkeit der vorstehenden Angaben und bin darüber unterrichtet, dass die beabsichtigte Fahrt erst nach Aushändigung der beantragten Ausnahmegenehmigung durchgeführt werden darf.

Es ist mir bekannt, dass die erteilte Ausnahmegenehmigung nicht von der Einhaltung anderer für die Fahrt bzw. die Beförderung maßgebender Vorschriften (z. B. nach der StVO, StVZO oder nach dem Güterkraftverkehrsgesetz) entbindet.

Hiermit wird bestätigt, dass die vorstehenden Angaben richtig sind.

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

# Antrag auf Erteilung

einer Erlaubnis für die gewerbliche Personenbeförderung  
(§ 2 Abs. 1 PBefG)

# Antrag auf Erteilung

einer Gemeinschaftslizenz (Artikel 4 der Verordnung (EG)  
Nr. 1073/2009)

Zur Bearbeitung eines o.g. Antrages sind folgende Unterlagen mit dem Antragsformular einzureichen:

## 1. Nachweis der fachlichen Eignung

Dienstzeugnisse oder Prüfungszeugnisse des Antragstellers oder der für die Führung der Geschäfte bestellten Person / Verkehrsleiter

Unterlagen zum Nachweis des Beschäftigungsverhältnisses der zur Führung der Geschäfte bestellten Person/ Verkehrsleiter (Arbeitsvertrag, Geschäftsführervertrag, Procura Handelsregister - siehe Anlage 1)

## 2. Nachweis finanzielle Leistungsfähigkeit

Eigenkapitalbescheinigung/ Zusatzbescheinigung (Vordrucke)

Der Stichtag der Eigenkapitalbescheinigung darf zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht länger als ein Jahr zurückliegen und das Ausstellungsdatum nicht länger als 3 Monate zurückliegen.

Unterlagen, wo.nach die Bescheinigungen erstellt wurden (Eigenkapital):

- Personenbeförderung (Bus)
  1. Fahrzeug 9.000,- Euro, je weiteres 5.000,- Euro
- Taxi/ Mietwagen
  1. Fahrzeug 2.250,- Euro, je weiteres 1.250,- Euro

## 3. Nachweis der Zuverlässigkeit

Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes, der Gemeinde, der Träger der Sozialversicherung und der Berufsgenossenschaft, wobei die Stichtage dieser Bescheinigungen zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht länger als 3 Monate zurückliegen dürfen

Vom Unternehmer (bei einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts, offenen Handelsgesellschaft oder Kommanditgesellschaft für die geschäftsführungs- und vertretungsberechtigten Gesellschafter und für die juristische Person selbst, bei einer Erbengemeinschaft für die Miterben) und dem gesetzlichen Vertreter sowie von der zur Führung der Geschäfte bestellten Person/ Verkehrsleiter:

- „Führungszeugnis zur Vorlage bei einer Behörde nach § 30 Abs. 5 BZRG“
- „Auskunft aus dem Gewerbezentralregister nach § 150 Abs. 5 GewO“

Diese Auszüge sind beim zuständigen Pass- und Meldeamt zu beantragen und die o.g. Behördenadresse anzugeben.

## 4. Allgemeine Unterlagen

- Fahrzeugliste, Mietfahrzeuge mit Mietvertrag bzw. Leasingverträge
- Gewerbeanmeldung
- Bei Personengesellschaften die Gesellschafterliste und den Gesellschaftervertrag oder den anderen Nachweis der Vertragsberechtigung
- Handelsregisterauszug (beglaubigte Abschrift)
- Einzelverträge mit Krankenkassen

Der Zeitpunkt der Antragstellung ist der Zeitpunkt, zu dem der Behörde sämtliche Antragsunterlagen einschließlich der erforderlichen Nachweise vorliegen.



# Hinweise zum Datenschutz

gemäß Artikel 13 Absatz 1 und Absatz 2 der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)

## 1. Verantwortlicher

Kreis Steinfurt | Der Landrat  
Tecklenburger Str. 10 | 48565 Steinfurt  
Telefon 02551 69-0  
post@kreis-steinfurt.de  
www.kreis-steinfurt.de

## 2. Datenschutzbeauftragte/r

Kreis Steinfurt  
Datenschutzbeauftragte/r  
Tecklenburger Str. 10 | 48565 Steinfurt  
Telefon 02551 69-1285  
datenschutz@kreis-steinfurt.de

## 3. Aufsichtsbehörde

Landesbeauftragte für Datenschutz und  
Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen  
Kavalleriestr. 2 – 4 | 40213 Düsseldorf  
Telefon 0211 38424-0 | Fax 0211 38424-10  
poststelle@ldi.nrw.de  
www.ldi.nrw.de

## 4. Zweck/e und Rechtsgrundlage/n der Verarbeitung

Ihre personenbezogenen Daten werden für die  
Bearbeitung Ihres Antrages nach dem/der

- Straßenverkehrsgesetz (StVG)
- Straßenverkehrsordnung (StVO)
- Personenbeförderungsgesetz (PBefG)
- Güterkraftverkehrsgesetz (GüKG)

erhoben.

Sie haben in die Verarbeitung Ihrer Daten eingewilligt.

## 5. Datenerhebung bei anderen Stellen

Sofern weitere Daten erhoben werden müssen, werden  
diese ausschließlich zu gesetzlichen Zwecken bzw. zur  
Bearbeitung Ihres Antrages erhoben.

## 6. Datenweitergabe an Dritte

Zur Erfüllung der Aufgaben kann es erforderlich sein,  
dass die Daten im Einzelfall an Dritte weitergegeben  
werden (z.B. Ordnungsbehörden, Bezirksregierung, In-  
dustrie- und Handelskammer).

Die Datenweitergabe erfolgt ausschließlich zu gesetz-  
lichen Zwecken und dient der Bearbeitung Ihres Antrages.

## 7. Dauer der Speicherung

Ihre Daten werden nach Ablauf der gesetzlichen Aufbe-  
wahrungsfristen gelöscht oder vernichtet.

## 8. Rechte der Betroffenen

Sie haben das Recht, Auskunft über die zu Ihrer Person  
gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DS-GVO).  
Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet  
werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art.  
16 DS-GVO). Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen  
vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung  
der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen  
die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DS-GVO).  
Darüber hinaus besteht ein Beschwerderecht bei der  
oben genannten Aufsichtsbehörde.

## 9. Widerrufsrecht bei Einwilligung

Sie haben in die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen  
Daten durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt.  
Sie können Ihre Einwilligung jederzeit für die Zukunft  
widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Ein-  
willigung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung  
wird dadurch nicht berührt.